

Österreich behandelt Tierschützer wie gefährliche Terroristen

Nach dem 11. September 2001 hat Österreich das Strafgesetz um einen Terrorismusparagrafen erweitert. Jetzt wird er gegen Tierschützer angewendet.

Von **Bernhard Odehnal, Wien**

Martin Balluch kommt aus Wien, ist 44 Jahre alt, hat Universitätsdiplome in Mathematik, Astronomie, Physik sowie Philosophie und leitet seit sechs Jahren einen Verein gegen Tierfabriken (VgT). Für die österreichische Staatsanwaltschaft ist Balluch der Kopf einer Mafiaorganisation, der so ziemlich alles zugetraut wird, was es an Bösem auf dieser Welt gibt: Erpressung, Korruption, Menschenhandel, Geldfälschen, Waffenschmuggel.

Seit mehr als einem Monat sitzen Balluch und neun Gefährten deshalb in Untersuchungshaft. Sie sollen nach Paragraf 278a des österreichischen Strafgesetzes angeklagt werden, der eine Haftstrafe von sechs Monaten bis fünf Jahren vorsieht für Personen, die durch «unerlaubten Verkehr mit Kampfmitteln, Kernmaterial, radioaktiven Stoffen, Falschgeld oder Suchtmitteln» sich «wesentlich bereichern» oder einen «erheblichen Einfluss auf Politik oder Wirtschaft anstreben» wollen. Der Paragraf wurde vom Parlament nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington verabschiedet. Er bezieht sich also auf global agierende Terror- oder Mafiagruppen. Martin Balluch und seine Kollegen aber sind Tierschützer. Ihre Methoden mögen manchen radikal erscheinen, aber rechtfertigen sie einen Exekutiveinsatz wie gegen schwer bewaffnete Terroristen?

Seit Ende Mai im Hungerstreik

Am 21. Mai um 6 Uhr früh traten verummte Polizisten mit Pistolen im Anschlag die Türen etlicher Wohnungen in ganz Österreich ein, verhafteten Verdächtige ebenso wie zufällig anwesende Besucher und beschlagnahmten sämtliche Computer, Akten und Aufzeichnungen. Es war schockierend, erinnert sich Balluchs Bruder Harald, ebenfalls ein VgT-Aktivist: «Fünf verummte Männer umstellten mein Bett und richteten ihre Waffen auf mich. Niemand erklärte mir, was sie überhaupt suchten.» Harald Balluch durfte nach mehrstündigem Verhör wieder gehen, sein Bruder Martin sitzt bis heute in der Zelle,

angeblich, weil die Gefahr der Tatwiederholung und der Verdunklung bestehe.

Martin Balluch ist Ende Mai in den Hungerstreik getreten und wird nun zwangsernährt. Er sieht sich als Opfer einer Seilschaft im Innenministerium und der Staatsanwaltschaft, die ihm sämtliche kriminellen Handlungen von Tierschützern anhängen wollten. Sein Vertrauen in die Justiz sei erschüttert, schreibt er in einem offenen Brief aus der Zelle, «irgendwie geht hier nichts mehr mit rechten Dingen zu». Auch sein Rechtsanwalt Stefan Traxler meint, dass sein Mandant «rechtsstaatlich nicht korrekt» behandelt werde. Der Anwalt klagt, dass er Balluchs Akte nicht einsehen dürfe und dass die Polizei Zeugenaussagen erfunden habe.

Österreichs Tierschützer gehören zu den aktivsten in Europa. Mit Aktionen protestieren sie gegen Tiertransporte und Massentierhaltungen. Meist werden sie dabei von den Medien wohlwollend unterstützt, und sie ernten Verständnis in der Politik. Österreichs Tierschutzgesetz ist eines der schärfsten in der EU. In den letzten Jahren waren Pelz- und Lederhandlungen allerdings das Ziel nächtlicher Angriffe, bei denen Waren im Wert von mehreren Hunderttausend Euro beschädigt wurden. Die Besitzer der Geschäfte sollen auch bedroht worden sein. Die Staatsanwaltschaft spricht von «Brandanschlägen» und 600 000 Euro Schaden.

Für Sachbeschädigung und Nötigung gibt es im Strafgesetzbuch eigene Paragrafen. In parlamentarischen Anfragen an die Justizministerin wollen die Grünen und die Sozialdemokraten nun wissen, warum die Tierschützer als gefährliche Mafiosi festgehalten werden und weshalb die Staatsanwaltschaft jahrelang Telefonate abhören und E-Mails lesen liess. In einer Stellungnahme zum Fall Balluch warnt Amnesty International vor einem Missbrauch des Terrorparagrafen und vor der «Beeinträchtigung der rechtmässigen Arbeit legaler zivilgesellschaftlicher Vereine».

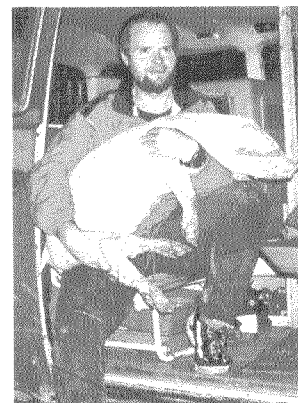
Die Tierschützer des VgT demonstrieren nun fast jeden Tag vor dem Justizministerium gegen den «Menschenrechtsskandal

in Österreich» und mobilisieren Partnerorganisationen in ganz Europa (unter anderem auch in der Schweiz) zum gemeinsamen Protest. Sie vermuten hinter den Verhaftungen die Racheaktion einiger Firmen, die von den Tierschutzaktionen betroffen waren. Harald Balluch glaubt hingegen,

dass sich einige leidenschaftliche Jäger von den Tierschützern gestört fühlten und «ihre Netzwerke aktivierten, die bis in die oberste Etage der Politik reichen». Unlängst deckte ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss auf, dass sich hohe Be-

amte des Innenministeriums von einem Waffenlobbyisten und vom Wiener Bürgermeister auf Jagdausflüge einladen liessen. Auch der Vorsitzende des sehr mächtigen Raiffeisenverbandes lässt an seiner Jagdleidenschaft gerne Politiker, Wirtschaftsbosse und Banker teilhaben.

Einer dieser Banker teilt mittlerweile das Schicksal der Tierschützer. Martin Balluch sitzt seit einigen Tagen in einer Zelle mit Österreichs berühmtestem Untersuchungshäftling, Helmut Elsner. Der ehemalige Bankdirektor ist wegen Betrugs angeklagt, sein Prozess läuft seit einem Jahr, das Urteil wird für die nächsten Tage erwartet. Bis dahin, sagt Balluchs Anwalt, «könnte ihn mein Mandant noch zum Vegetarier machen».



Martin Balluch.